Aus dem Verbandsgemeinderat

Am 04.07.2013 fand in Jünkerath, Sitzungssaal Feuerwehrhaus, unter Vorsitz von Bürgermeisterin Diane Schmitz eine öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Obere Kyll statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Kylltalradweg auf der ehemaligen Bahnstrecke Jünkerath-Losheim - Präsentation des Vorentwurfs einschließlich geplantem TransitSkulpturenPark Kyll-Amblève

Sachverhalt:

Die Verwaltung stellte den unter Federführung der Kreisverwaltung Euskirchen entwickelten Vorentwurf „Paralleler Radweg zur B 421“ im Detail vor und informierte über den gemeinsamen Ortstermin vom 21.01.2013.

Des Weiteren wurde der Verbandsgemeinderat über einen Termin im Gemeindehaus Bütgenbach am 20.03.2013 zum Thema „TransitSkulpturenPark Kyll-Amblève“ eingehend informiert.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat nimmt von der vorgestellten Planung Kenntnis und bestätigt nochmals ausdrücklich seine Zustimmung zu diesem wichtigen Infrastruktur- und Tourismusprojekt.

Zudem begrüßt der Verbandsgemeinderat die Bemühungen des Arbeitskreises, den Radweg durch Skulpturen künstlerisch aufzuwerten, betont aber, dass eine finanzielle Beteiligung der Verbandsgemeinde Obere Kyll aufgrund der finanziellen Situation leider nicht möglich ist.

Kommunal- und Verwaltungsreform - Bericht über das Ergebnis des Gesprächs mit dem Staatssekretär und den Kreistagsfraktionsvorsitzenden

Sachverhalt:

Die Vorsitzende informierte die Mitglieder über das Gespräch mit Herrn Staatssekretär im Innenministerium Herrn Häfner, Landrat Thiel und Vertretern des Kreistages Vulkaneifel sowie den politischen Vertretungen aus den Verbandsgemeinden Hillesheim, Gerolstein und Obere Kyll am 18.06.2013 in Jünkerath.

Im Ergebnis lassen sich folgende Punkte abschließend festhalten:

1. Eine Zwangsfusion der VG Obere Kyll mit der VG Hillesheim, wie vom Land im Oktober 2012 vorgeschlagen, wird es zunächst nicht geben. Neben unseren beiden Verbandsgemeinden wird es auch keine gesetzliche Regelung zum Juni 2014 in Bad Münster am Stein geben, aber alle anderen 20 betroffenen Verbandsgemeinden sollen bis zum 01.07.2014 in neuen Verbandsgemeinden zusammengeführt werden.

2. Eine freiwillige Fusion mit der Verbandsgemeinde Prüm wird im ersten Reformschritt (07/2014) nicht möglich sein. Das Land hat sich dazu entschieden, dass keine kreisübergreifenden Reformen in dieser Phase erfolgen, wenn von Seiten der Landkreise keine Zustimmung erfolgt. Hiervon ist nach der derzeitigen Haltung der Gremienvertretung des Landkreises Vulkaneifel auch sicher auszugehen. Dies bedeutet auch, dass die 6 wechselwilligen Ortsgemeinden, die im Rahmen eines Bürgerentscheides für eine Fusion mit der VG Prüm gestimmt haben, derzeit keine Möglichkeit haben werden, in selbige zu wechseln.

3. Im Rahmen der 2. Phase der Kommunal- und Verwaltungsreform (2014 – 2019) sollen neben landkreisinternen Fusionen auf freiwilliger Basis auch Fusionen über die bestehenden Landkreise hinweg möglich sein. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass freiwillige Fusionen landkreisintern „jederzeit“ in der Zeitspanne der kommenden 5 Jahre möglich sein werden. Landkreisgrenzenübergreifende Fusionen sollen wohl aber ohne Zustimmung der betroffenen Landkreise voraussichtlich erst zum Ende der 2. Phase der KVR (2019) möglich sein. Insofern sollen auch alle weiteren Verbandsgemeinden, denen ein Gebietsänderungsbedarf bescheinigt wurde, Fusionen mit einem Partner durchführen (z. B. VG Kelberg).

4. Das Land hat uns deutlich gesagt, dass Ihrerseits eine Fusion innerhalb der Kreisgrenzen bevorzugt wird. Eine solche 3er Fusion, VG Gerolstein, Hillesheim und Obere Kyll soll auch nochmals unter Moderation und Einbeziehung des Landkreises Vulkaneifel verhandelt werden. Hierbei ist aber klargestellt worden, dass dies nur dann zielführend sein kann, wenn von Seiten des Landes höhere Zuwendungen zur Tilgung der Liquiditätskredite bereitgestellt werden. Ob, wann und wie diese Gespräche stattfinden, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. Insofern soll in einem halben Jahr nochmals ein Gespräch mit den Vertretern des Landes stattfinden.

5. Des Weiteren wurde deutlich, dass das Land uns nun auch endlich freistellt, Fusionsgespräche mit der Verbandsgemeinde Prüm zu führen. Diese wurden uns bis dahin weitestgehend vom Land versagt, da eine Umsetzung nie auch nur in Aussicht gestellt worden ist. Auch wenn eine solche Fusion voraussichtlich erst frühestens ab dem Jahre 2019 zum Tragen kommen wird, ließen sich sicherlich im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auch frühzeitiger Einsparungen erzielen.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung und unter Berücksichtigung des Vorschlages des Ausschusses für Organisation und Finanzen beschließt der Verbandsgemeinderat folgende Verfahrensweisel:

Auf Grund der neuen Entwicklung sollte man das Positive herausnehmen. Aus diesem Grunde sollte versucht werden, den Bürgern nun zwei echte alternative Fusionsmodelle vorzustellen, wobei im ersten Schritt das Augenmerk ausschließlich auf die finanziellen Folgen einer Fusion liegen sollte:

1. **Fusionsverhandlungen mit der VG Prüm:**
   Die Bürgermeisterin wird darum gebeten, auf der Grundlage des Gespräches mit Herrn Häfner Staatssekretär des Innenministeriums, bei Herrn Söhngen nun um den Beginn der Fusionsverhandlungen zu bitten. Damit diese nicht zu umfangreich sind, sollte sich zunächst ausschließlich dem Projekt Finanzen angenommen werden, welche mindestens folgende Punkte beinhalten sollte:
   - Ausgangslage
   - Einsparpotentiale bei einer Fusion im Bereich des Personals, Sachkosten, Zinsaufwendungen
   - Abbau der Liquiditätskredite
   - Sonderumlagen für die Ortsgemeinden der VG Obere Kyll
   - Bereiche für eine interkommunale Zusammenarbeit vor dem Jahr 2019

2. **Fusionsverhandlungen mit den VG Hillesheim und Gerolstein:**
   Bezüglich der Fusionsgespräche mit den VG Hillesheim und Gerolstein soll Herr Landrat Thiel um Übernahme der Moderation gebeten werden. Unter der Moderation von Herrn Landrat Thiel zeigt sich die Verbandsgemeinde Obere Kyll gerne nochmals gesprächsbereit, wobei bereits heute klargestellt werden sollte, dass zunächst ausschließlich das Projekt der Finanzen unter Berücksichtigung der v. g. Punkte neu aufgearbeitet werden sollte (Punkte wie bei Ziffer 1. aufgeführt).

3. **Situation in der VG Obere Kyll:**
   Der Verbandsgemeinderat ist sich darüber im Klaren, dass ein weiteres Abwarten und ein weiterer Stillstand bis evtl. 2019 oder noch länger, für die VG ein großes Zukunftsproblem darstellen wird. Aus diesem Grunde wird die Verwaltung darum gebeten, die ruhenden Projekte und personellen Entscheidungen nun weiter voranzubringen (Personalplanung, Umsetzung weiterer Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, Fortschreibung Feuerwehrbedarfskonzept, pp.) und im Rahmen der nächsten Sitzungen der Ausschüsse und des Verbandsgemeinderates zu erörtern und zur Entscheidung vorzulegen.